

Kurz-Infos

Zwei neue Vorstandsmitglieder

Am 18. März wählte die Hauptversammlung der EVP Stadt Bern zwei neue Vorstandsmitglieder. Monika Amsler (33), Reallehrerin und Theologiestudentin, wohnt in der Länggasse und ist seit letztem Jahr EVP-Vertreterin in der Quartierkommission Länggasse. Matthias Stürmer (29), Doktorand der Informatik an der ETH Zürich, wohnt im Steinhölzli-Quartier, ist verheiratet und zweifacher Familienvater. Beide haben bei den Wahlen im November 2008 ein Spitzenresultat erzielt.

Bernhard Christen bleibt in der Schulkommission

Bernhard Christen aus Bümpliz wird auch in der neuen Legislatur die EVP in der Schulkommission Kleinklassen und Spezialunterricht (KKS) vertreten. Weil die EVP bei den Gemeindevahlen ein schlechteres Resultat als vor vier Jahren erzielte, erhält sie ab Mitte 2009 nur noch einen Schulkommissionssitz. Trotzdem kann die bisherige EVP-Vertreterin Sandra Hiltbrunner in der Schulkommission Bümpliz-Bethlehem verbleiben. Sie wird einen Sitz der BDP erhalten.

Präsidentin FSU

Erwartungsgemäss ist EVP-Stadträtin Barbara Streit-Stettler an der ersten Stadtratssitzung der neuen Legislatur zur Präsidentin der Kommission „Finanzen, Sicherheit, Umwelt“ gewählt worden. Im letzten Jahr amtierte sie als Vizepräsidentin.

Motion „Feiertage“ eingereicht

Zusammen mit ihrer GFL-Kollegin Daniela Lutz verlangt EVP-Stadträtin Barbara Streit-Stettler in einer Motion, dass die gesetzlichen Feiertage jeweils, kurz bevor sie stattfinden, in der Schule thematisiert und erklärt werden. Zudem soll in die neue Bildungsstrategie der Stadt Bern ein neues Kapitel „Wertebildung und religiöse Bildung“ eingefügt werden.

EVP-Info 2/2009

Neues Konzept für die Anlaufstelle?

Das „Drogenstübli“ an der Hodlerstrasse, wo Süchtige den mitgebrachten Stoff konsumieren können, ist seit Jahren ein unbestrittenes Element der Berner Drogenpolitik. Es hilft, den Konsum in der Öffentlichkeit einzudämmen und offene Drogenszenen zu verhindern. Bekannt ist auch, dass die Drogenanlaufstelle chronisch überlastet und das Umfeld der Reithalle dadurch stark beeinträchtigt ist. Vor den Wahlen wollte der Gemeinderat Abhilfe schaffen und eine zweite Drogenanlaufstelle in Bern eröffnen.

Vergleiche mit Zürich zeigen aber, dass in Bern an der Hodlerstrasse nicht einfach Platzmangel herrscht. Die Parteien FDP, BDP, CVP, GLP, SVP und EVP haben deshalb im Stadtrat eine Dringliche Motion eingereicht und fordern den Gemeinderat auf, nach „Alternativen zu einer 2. Drogenanlaufstelle“ zu suchen. Wir haben festgestellt, dass der Kokainkonsum und die generell tiefen Preise für die Drogen die Szene in den letzten Jahren stark verändert haben. Heute wird sehr viel exzessiver konsumiert als früher. Zürich hat deshalb bereits verschiedene Massnahmen ergriffen, die die Situation in und um die Drogenanlaufstellen entschärft haben. So ist der Kleinhandel mit Drogen in und um die Anlaufstellen weder erlaubt noch wird er toleriert. Die Zürcher Polizei arbeitet, was den Handel und illegalen Konsum in der Umgebung der

Anlaufstellen betrifft, eng mit deren Leitungen zusammen. Ein konsequentes „Case Management“, eine enge Zusammenarbeit zwischen allen involvierten Stellen, die sich mit einer süchtigen Person befassen, wurde eingeführt. In unserer Motion fordern wir den Gemeinderat deshalb auf, die Massnahmen in Zürich zu evaluieren, um auch in Bern wirkungsvolle Veränderungen herbeizuführen.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin



Barbara Streit-Stettler

Danke für Ihre Hilfe!

Dieser «EVP-Info» liegt ein Einzahlungsschein der EVP Stadt Bern bei. Wir gehen mit unseren Mitteln und Spendengeldern haushälterisch um. Trotz viel ehrenamtlicher Arbeit ist aber z.B. der Druck und Versand dieser „EVP-Info“ immer mit Kosten verbunden. Und in elf Monaten finden Grossratswahlen statt, die weitere Anstrengungen erfordern. Wir sind Ihnen deshalb dankbar für jede Spende!

Impressum

Herausgeber:

EVP Kanton Bern,
Postfach, 3000 Bern 7

Redaktion «berner EVP»:
Dieter Rohrbach, Ried-Frutigen

Kontaktadresse für «EVP-Info»: Christof Erne,
Tel. 031 991 78 91, ch.erne@hispeed.ch

EVP Stadt Bern, Postfach 6049, 3001 Bern
Postcheckkonto 30-2067-3;
Mail: info@evp-bern.ch, Internet: www.evp-bern.ch



EVP-Info



Evangelische Volkspartei
Stadt Bern

Informationen der Evangelischen Volkspartei Stadt Bern

April 2009

Wie reagieren wir Christen auf die Drogenszene?

Ich erinnere mich noch gut daran, wie in meinen behüteten Jugendjahren langsam die Erkenntnis einer wachsenden Drogenproblematik in mein Bewusstsein drang. Ex-Drögeler waren damals in christlichen Gemeinden ein Publikumsmagnet wie im Mittelalter die Bären auf dem Jahrmarkt, und manch biederer Christ beneidete sie insgeheim um die dramatische Bekehrungsgeschichte. Aber die Szene blieb uns trotzdem fremd und bedrohlich. Beim berühmten „Stein“ im Bahnhof Bern war mir jedenfalls noch als Student eher unwohl.

Mittlerweile haben wir uns an einiges gewöhnt, und die Drogenszene verlor für die meisten von uns „Glanz“ und Bedrohung. Heute empfinde ich vielleicht am ehesten noch Mitleid, wenn ich zum Beispiel bei der Drogen-

anlaufstelle an der Ampel stehe und die nervösen Gestalten beim „Ameisenhandel“ beobachte. Aber im Alltag ist die Problematik nicht mehr wirklich auf meinem Radar, obwohl die Not nicht kleiner geworden ist.

Wir haben als politische Partei mit unserer Wertebasis einen speziellen Auftrag, Menschen am Rande der Gesellschaft eine Stimme zu geben. Wir wissen zwar, dass gesellschaftliche Probleme nicht mit politischen Mitteln zu lösen sind. Aber wir können die Rahmenbedingungen für diejenigen erleichtern, die sich mit einer speziellen Berufung an der Basis um Hilfe und Lösungen bemühen. Und wir können uns als Christen dafür engagieren, dass unsere christlichen Gemeinden ein Ort sind (oder werden), wo betroffene Menschen aus der Kraft des



Grossrat
Wilf Gasser

Glaubens heraus Hoffnung gewinnen, aber auch Annahme und praktische Hilfe erfahren.

Als EVP sind wir dort glaubwürdig, wo wir Politik verbinden mit der Bereitschaft, persönlich Hand anzulegen.

Wilf Gasser, Grossrat

Einladung zur Parteiversammlung

Abstimmungen vom 17. Mai 2009

Mittwoch, 29. April 2009, um 19.30 Uhr im EGW,
Nägeli-gasse 9/11 in Bern

Diskutieren und Parolenfassen der
Abstimmungsvorlagen vom 17. Mai 2009:

- Zonenplan Bern West
- Ehemaliges Progymnasium
- Reform der parlamentarischen Kommissionswesens
- Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!

Einladung zum Partei-Event

EVP unterwegs in Bern West

Samstag, 6. Juni 2009, 9.30–12.00 Uhr:
9.15 Uhr Treffen zum Kaffee in der EMK-Kapelle Bümpliz
(Bernstr. 68, ab Bus-Haltestelle Höhe in Fahrtrichtung);
10.00 Uhr ab Haltestelle Bachmätteli von Bus 13

- Besammlung bei Kaffee und Gipfeli
- Führung mit Hans Stucki, ehem. Sekretär der Quartierkommission und ausgewiesener Kenner des Quartiers, vom alten Bümpliz ins Westside

Lernen Sie ein oft verkanntes Stadtquartier kennen.
Anmeldung bis 29. Mai an Christof Erne,
Tel. 031 991 78 91 (abends), oder info@evp-bern.ch.

EVP-Info 2/2009

“Der Ausstieg aus den Drogen ist oft ein sehr langer Weg”

Barbara Scherrer-Schild arbeitet seit elf Jahren als psychologische Beraterin sowie Atem- und Traumatherapeutin in der Therapiegemeinschaft Muschle (mehr Infos: www.suchttherapiebaern.ch). Ihre Haupttätigkeit besteht in den therapeutischen Gesprächen mit den Frauen, die in der Muschle eine Drogentherapie absolvieren. Sie kandidierte mehrmals für die EVP.

Barbara, was für Frauen leben und arbeiten bei euch? Wie hat sich die Situation eurer Klientinnen in den letzten zehn Jahren verändert? Welche Motivationen stehen hinter einer Drogentherapie?

In der Therapiegemeinschaft Muschle wohnen Frauen und Mütter mit ihren Kindern, die sich für einen abstinenzorientierten Lebensstil entschieden haben. Bei Müttern oder werdenden Müttern besteht oft eine grosse Motivation darin, dass die Kinder langfristig ganz oder teilweise bei ihnen leben können. Aber auch die Absicht, aus dem Beschaffungsstress, den vielfältig destruktiven Abhängigkeiten und der Isolation herauszukommen und dem Wunsch konkret Gestalt geben wollen, ein sogenannt „normalen“ Leben zu führen.

In Bezug auf die Veränderungen der Klientinnen am augenfälligsten ist wohl die Substitution v.a. durch Methadon, die in den letzten Jahren signifikant zugenommen hat und in der 4-Säulenpolitik des Bundes (Prävention;

Therapie und Wiedereingliederung; Schadensbegrenzung und Überlebenshilfe; Repression und Kontrolle) verankert ist. Das im Durchschnitt höhere Alter der Klientinnen und dass die meisten schon eine oder mehrere stationäre Therapien hinter sich haben, sind weitere Veränderungen.

Was beobachtest du grundsätzlich in der illegalen Drogenszene in der Stadt Bern und was erwartest du von deren Entwicklung?

Die Stadt Bern orientiert sich grundsätzlich an einer liberalen Haltung – das hat Vor- und Nachteile. Suchtarbeit ist Beziehungsarbeit und letztlich auch eng verbunden mit der Sinnfrage. Darum ist mein Wunsch für die nächsten Jahre, dass die wichtige Diskussion bezüglich Repression, Liberalisierung, Umsetzung, Finanzierung usw. engagiert und respektvoll bleibt und dabei die Aufmerksamkeit immer wieder auf die zentrale Frage nach der Beziehungsebene gelenkt wird. So dass kreative, mutmachende und realistische Impulse und Ideen sowohl im fachlichen, als auch im gesellschaftlichen Bereich konkret werden können. Denn damit der Weg in die Abstinenz nicht ein „frommer“ Wunsch bleibt, ist die Frage nach der Beziehungsebene sowohl im Case Management, als auch in der kurzen Begegnung mit dem suchtmittelabhängigen Mitmenschen am Hauptbahnhof von zentraler Bedeutung.



Barbara Scherrer-Schild

Welche Ziele beinhaltet die Drogentherapie in der Muschle? Welche Bedürfnisse stellen sich an die Gesellschaft, um Frauen nach der Drogentherapie in der Gesellschaft zu integrieren?

Eine möglichst hohe Selbstständigkeit und die Suchtmittelabstinenz sind grundsätzliche Ziele. Der Ausstieg aus den Drogen ist aus verschiedenen Gründen aber oft ein sehr langer Weg. Im Vordergrund stehen darum eine sorgfältige Stabilisierung und die individuelle Förderung bezüglich der körperlichen und psychischen Gesundheit, des sozialen Umfeldes sowie die Arbeits- und Wohnsituation.

In der Muschle werden schwangere Frauen und Mütter mit ihren Kindern in einen übersichtlichen familiären Rahmen aufgenommen und es kann eine Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben stattfinden.

Wie schon erwähnt, geht es bei der Integration primär um ein adäquates, kongruentes Beziehungsangebot sowohl in sehr kurzen als auch in längerfristigen Begegnungen. Ganz praktisch: Wir von der Muschle sind sehr dankbar für Menschen, die sich zum Beispiel in Form von Kontaktfamilien für unsere Klientinnen oder ihre Kinder engagieren.

Interview: Silvia Heckendorn

Städtische Volksabstimmungen vom 17. Mai 2009

Variantenabstimmung zum Progr

Die Stadt Bern ist Eigentümerin des ehemaligen Progymnasiums am Waisenhausplatz. Nun möchte sie das denkmalgeschützte, aber sanierungsbedürftige Gebäude verkaufen und den Boden im Baurecht abgeben. Dabei können die Stimmbürger/innen zwischen zwei Alternativen entscheiden:

■ Das Projekt „Doppelpunkt“, das den Wettbewerb für den Progr gewonnen hat, sieht eine gemischte Nutzung aus Gesundheit, Bildung und Kultur vor und möchte damit die zentrale Lage des Progrs vielfältig nutzen. Die Investorin „Allreal“ plant eine gründliche Sanierung von 25 Mio. Franken.

■ Erst nach Abschluss des Wettbewerbs ist das zweite Projekt eingereicht worden: Die Künstler, die den Progr seit 2004 von der Stadt für eine Zwischennutzung mieten, wollen ihn nun definitiv als „Produktionsstätte“ für Kunst nutzen, dies ebenfalls ohne Zuschüsse der Stadt. Für den Kauf und die Sanierung stehen ihnen 12 Mio. Franken Spenden und Darlehen zur Verfügung.

Die EVP-Stadträte bevorzugen aus folgenden Gründen „Doppelpunkt“ gegenüber der Künstlerinitiative:

■ Die Stadt macht sich unglaublich unwürdig, wenn sie die nach Abschluss des Wettbewerbs eingereichte Offerte der Künstler berücksichtigt.

■ „Doppelpunkt“ plant im ersten Jahr eine gründliche Sanierung, die der historischen Bausubstanz gerecht wird. Die Künstler werden über Jahre eher oberflächlich renovieren.

■ Die Neue Mittelschule (NMS) wird bei „Doppelpunkt“ für die Lehrerbildung den einen Flügel des Gebäudes mieten. Diese Nutzung ist besonders unterstützenswert.

■ Ob die Künstler den Betrieb des Gebäudes (Rückstellungen, Reinigung, Verwaltung) längerfristig sichern können, ist fraglich. Die Gefahr besteht, dass sie später trotzdem Subventionen verlangen.

Martin Trachsel und Barbara Streit empfehlen Ihnen deshalb, das Projekt „Doppelpunkt“ (Variante A) zu unterstützen und die Künstlerinitiative (Variante B) abzulehnen.

Barbara Streit-Stettler, Stadträtin

Reform des parlamentarischen Kommissionswesens

Mit der Einführung von New Public Management „Neue Stadtverwaltung Bern“ erfolgt nun eine Teilrevision der Gemeindeordnung, um den Ratsbetrieb zu optimieren und das Kommissionswesen anzupassen.

Im Stadtrat nehmen sich Sachkommissionen der Vorbereitung der laufenden Geschäfte an. Im Budget- und Rechnungsprozess beraten die Kommissionen die ihr zugeteilten Produktgruppen. In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass die Sachkommissionen die Finanzaufgaben kompetent wahrgenommen haben. Die Budget- und Aufsichtskommission (BAK) hatte die Aufgabe, jeweils eine Gesamtsicht darzustellen. Hier entstanden Doppelspurigkeiten. Die Aufgabe der BAK soll deshalb in Zukunft eine Finanzdelegation aus Mitgliedern der

Sachkommissionen übernehmen. Die Budget- und Aufsichtskommission wird sich auf die Verwaltungskontrolle, die ausgelagerten Betriebe und Sondergeschäfte konzentrieren.

Die ständigen Kommissionen sind in der Gemeindeordnung (GO) festgeschrieben, was nun eine Änderung derselben bedarf.

Die zwei EVP-Stadträte sind überzeugt, dass die Änderung der Gemeindeordnung sinnvoll ist. Wir bitten, bei der Abstimmung ein Ja in die Urne zu legen.

Stadtrat Martin Trachsel

Zonenplan Bern-West

Die Vorlage Zonenplan Bern-West (Schutzzone, Weilerzone und Bauzone) fasst mehrere bauliche Anliegen zusammen. Die kantonale Gesetzgebung sieht neu in landwirtschaftlichen Zonen sogenannte Weilerzone vor. In diesen sind neben landwirtschaftlichen Betrieben auch Wohn- und Gewerbenutzungen möglich. In den vorgesehenen Weilerzone Riedbach, Matzenried, Riedern und Niederbottigen wird damit eine Weiterentwicklung in beschränkter Masse möglich.

Bereits wurden entlang der Bottigenstrasse Richtung Bahnhof Riedbach lockere Parzellen überbaut. Diese sollen nun in eine ordentliche Bauzone übergeführt werden und eine massvolle bauliche Verdichtung ermöglichen.

Im Bottigenmoos Richtung Kiesgrube Rehag werden eine Freifläche für Sportanlagen und Familiengärten vorgesehen sowie auf dem Land der Bauernfamilie Begert eine Freifläche für ein Reitsportzentrum.

Neue Schutzzone A (SZ A) schützen vor allem die Waldränder und den Gäbelbach vor Bauten und erhalten so diese grossteils unberührte Natur.

Unweit des Weilers Buech ist eine Zone für Ver- und Entsorgung vorgesehen. Die Firmen Resag und Alphabern betreiben im Moment in Ausserholligen ein Sortierwerk für Bauschutt. Mit dem Ersatzstandort sollen diese für die Stadt wichtigen Firmen in Stadtnähe erhalten bleiben.

Die EVP-Stadträte waren über die Vorlage nicht sonderlich glücklich. Sie lässt eine Ausfransung des Stadtrandes und eine Versetzung der Resag ins Grüne zu. Im Rat haben sich die EVP-Stadträte deshalb der Stimme enthalten. Da die Stadt aber insbesondere für die Resag keinen anderen Ersatzstandort anbieten kann, raten wir zu einem Ja in der Volksabstimmung vom 17. Mai.

Stadtrat Martin Trachsel

Infos und Angebote verschiedener Institutionen

- www.blaueskreuzbern.ch (Fachstelle für Alkoholprobleme)
- www.azzurro-bern.ch (alkoholfreier Treffpunkt)
- www.suchttherapiebaern.ch (stationäre Drogentherapie)
- www.marchstei.ch (Drogenentzugsstation)